



Mitteilungsblatt

10. Mai 1996

Nr. 23

Inhalt:

Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Technische Informatik der Fachhochschule Lausitz vom 18. 12. 1995

Soweit nachstehend durchgängig die männliche Form verwendet wird, geschieht dies ausschließlich wegen der besseren Lesbarkeit und hat keine weitergehende inhaltliche Bedeutung.

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel. 03573/85 0 ~ Fax 03573/85 209

Inhalt

	Seite
I. Allgemeines	
§ 1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung; Funktionsträger	4
§ 2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Diplomgrad	4
§ 3 Qualifikation und weitere Studienvoraussetzung	4
§ 4 Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung	5
§ 5 Regelstudienzeit; Studienumfang	5
§ 6 Umfang und Gliederung der Prüfung	5
§ 7 Prüfungsausschuß	6
§ 8 Prüfer und Beisitzer	7
§ 9 Anrechnung von Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen	7
§ 10 Einstufungsprüfung	8
§ 11 Bewertung von Prüfungsleistungen	9
§ 12 Wiederholung von Prüfungsleistungen, Nachprüfungen	9
§ 13 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	10
II. Fachprüfungen	
§ 14 Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen	11
§ 15 Zulassung zu Fachprüfungen	11
§ 16 Durchführung von Fachprüfungen	12
§ 17 Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten	13
§ 18 Mündliche Prüfungen	13
III. Studienbegleitende Leistungsnachweise	
§ 19 Allgemeines	13
§ 20 Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen	14
§ 21 Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind	14
IV. Diplomvorprüfung: Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums	
§ 22 Diplomvorprüfung	15
§ 23 Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums	15
V. Praktisches Studiensemester	
§ 24 Praktisches Studiensemester	15

VI.	Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Hauptstudiums	
	§ 25 Fachprüfungen und Leistungsnachweise	16
VII	Diplomarbeit und Kolloquium	
	§ 26 Diplomarbeit	16
	§ 27 Zulassung zur Diplomarbeit	17
	§ 28 Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit	17
	§ 29 Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit	18
	§ 30 Kolloquium	18
VIII.	Ergebnis der Diplomprüfung; Zusatzfächer	
	§ 31 Ergebnis der Diplomprüfung	19
	§ 32 Zeugnis, Gesamtnote, Diplomurkunde	19
	§ 33 Zusatzfächer	20
IX.	Schlußbestimmungen	
	§ 34 Einsicht in die Prüfungsakten	20
	§ 35 Ungültigkeit von Prüfungen	20
	§ 36 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	21

Anlagen

Anlage 1	Prüfungsplan für das Grundstudium
Anlage 2 a	Prüfungsplan für das Hauptstudium, Schwerpunkt Informationstechnik
Anlage 2 b	Prüfungsplan für das Hauptstudium, Schwerpunkt Realzeitsysteme
Anlage 3	Muster Zeugnis Technische Informatik
Anlage 4 a	Muster Zeugnis Technische Informatik, Schwerpunkt Informationstechnik
Anlage 4 b	Muster Zeugnis Technische Informatik, Schwerpunkt Realzeitsysteme
Anlage 5 a	Muster Urkunde Technische Informatik, Schwerpunkt Informationstechnik
Anlage 5 b	Muster Urkunde Technische Informatik, Schwerpunkt, Schwerpunkt Realzeitsysteme

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung; Funktionsträger

- (1) Diese Prüfungsordnung gilt für den Abschluß des Studiums an der Fachhochschule Lausitz, Fachbereich Informatik im Studiengang Technische Informatik. Sie regelt gemäß § 14 und § 15 BBHG die Zwischenprüfung und die Abschlußprüfung (Diplomprüfung).
- (2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung wird eine Studienordnung aufgestellt, die Inhalt und Aufbau des Studiums im Fachbereich Informatik unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis regelt.
- (3) Soweit in dieser Ordnung Personen, Mitgliedergruppen oder Funktionsträger der Fachhochschule genannt werden, sind damit sowohl männliche als auch weibliche Personen bezeichnet.

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfung; Diplomgrad

- (1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluß des Studiums.
- (2) Das zur Diplomprüfung führende Studium soll unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 8 BBHG) dem Studierenden auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse insbesondere die anwendungsbezogenen Inhalte seines Studienfachs vermitteln und ihn befähigen, wissenschaftliche Methoden anzuwenden, praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten und dabei auch außerfachliche Bezüge vor allem aus dem gesellschaftlichen Umfeld zu beachten. Das Studium soll die schöpferischen und gestalterischen Fähigkeiten des Studierenden entwickeln und ihn auf die Diplomprüfung vorbereiten.
- (3) Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat die für eine selbständige Tätigkeit im Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbständig zu arbeiten.
- (4) Aufgrund der bestandenen Diplomprüfung wird entsprechend § 21 Abs. 1 BBHG der Hochschulgrad "Diplom-Ingenieur (Fachhochschule)" bzw. "Diplom-Ingenieurin (Fachhochschule)", abgekürzt "Dipl.-Ing. (FH)" verliehen.

§ 3

Qualifikation und weitere Studienvoraussetzungen

- (1) Die Qualifikation für das Studium im Studiengang Technische Informatik wird durch die allgemeine Hochschulreife, die Fachhochschulreife oder eine als gleichwertig anerkannte Vorbildung oder eine Eignungsprüfung gem. § 30 Abs. 3 BBHG und der Eignungsprüfungsordnung (EPO) der Fachhochschule Lausitz nachgewiesen.
- (2) Als weitere Voraussetzung für die Aufnahme des Studiums wird in der Regel der Nachweis einer praktischen Tätigkeit (Vorpraktikum) nach Maßgabe des § 4 gefordert.

§ 4

Praktische Tätigkeit als Studienvoraussetzung

- (1) Der Nachweis einer praktischen Tätigkeit gilt als erbracht, wenn der Studienbewerber die Qualifikation für das Studium durch das Abschlußzeugnis einer Fachoberschule für Technik in einer für die Studienaufnahme förderlichen Fachrichtung erworben hat. Studienbewerber, die die Qualifikation für das Studium auf andere Weise erworben haben, müssen ein Grundpraktikum von acht Wochen und ein Fachpraktikum von fünf Wochen leisten.
- (2) Einschlägige Ausbildungs- und Berufstätigkeiten werden auf das Praktikum angerechnet. Über die Anrechnung entscheidet der Dekan des Fachbereichs oder ein von ihm beauftragter Professor.
- (3) Das Grundpraktikum ist vor Aufnahme des Studiums abzuleisten und bei der Einschreibung nachzuweisen. Über Ausnahmen, die darin bestehen können, daß dem Studienbewerber nachgelassen wird, das Praktikum unter Beachtung von Satz 3 und 4 dieses Absatzes zu einem späteren Zeitpunkt zu erbringen, entscheidet der Dekan oder ein von ihm beauftragter Professor im Einzelfall. Der Studienbewerber muß die fehlende Zeit des Grundpraktikums zum frühestmöglichen Zeitpunkt nachholen; der entsprechende Nachweis ist in der Regel bis zum Beginn des vierten Semesters zu führen. Das Fachpraktikum ist spätestens zum Beginn des fünften Semesters des Fachstudiums nachzuweisen.
- (4) Nheres über die inhaltliche Gestaltung des Grund- und Fachpraktikums ist in der Studienordnung geregelt (§ 3 StO_TI).

§ 5

Regelstudienzeit; Studienumfang

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt acht Semester. Die Regelstudienzeit schließt ein von der Fachhochschule begleitetes und betreutes praktisches Studiensemester von mindestens 19 Wochen (Praxissemester) und die Prüfungszeit ein.
- (2) Das Studium gliedert sich in das Grundstudium von drei und in das Hauptstudium von fünf Semestern. Der Gesamtumfang der für den erfolgreichen Abschluß des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen im Pflicht- und Wahlpflichtbereich beträgt 174 Semesterwochenstunden.

§ 6

Umfang und Gliederung der Prüfung

- (1) Die Diplomprüfung gliedert sich in studienbegleitende Teilprüfungen und einen abschließenden Prüfungsteil. Am Ende des Grundstudiums ist eine Zwischenprüfung als Diplomvorprüfung abzulegen; das Nähere ergibt sich aus § 22.
- (2) Die studienbegleitenden Teilprüfungen sollen zu dem Zeitpunkt stattfinden, an dem das jeweilige Fach im Studium des Kandidaten abgeschlossen wird.
- (3) Der abschließende Teil der Diplomprüfung besteht aus einer Diplomarbeit und einem Kolloquium, das sich an die Arbeit anschließt. Das Thema der Diplomarbeit wird während des siebten Semesters und so rechtzeitig ausgegeben, daß das Kolloquium vor Ablauf des folgenden Semesters abgelegt werden kann. Das Kolloquium soll innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Diplomarbeit stattfinden.
- (4) Die Meldung zum abschließenden Teil der Diplomprüfung (Antrag auf Zulassung zur Diplomarbeit) soll in der Regel vor Ende des siebten Semesters erfolgen.

(5) Das Studium sowie das Prüfungsverfahren sind so zu gestalten, daß das Studium einschließlich der Diplomprüfung mit Ablauf des achten Semesters abgeschlossen sein kann.

§ 7 Prüfungsausschuß

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuß zu bilden. Der Prüfungsausschuß ist ein unabhängiges Prüfungsorgan des Fachbereichs Informatik und wird vom Fachbereichsrat eingesetzt. Für die Zeit, in der ein Fachbereichsrat noch nicht gewählt ist, längstens jedoch bis zum 31.08.1996, bestellt der bei Wirksamwerden dieser Ordnung amtierende Gründungsdekan die Mitglieder des Prüfungsausschusses nach Satz 4. Der Prüfungsausschuß besteht aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und drei weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende, sein Stellvertreter und ein weiteres Mitglied werden aus dem Kreis der Professoren, ein Mitglied aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat, und ein Mitglied aus dem Kreis der Studierenden vom Fachbereichsrat des Fachbereichs bestellt. Entsprechend werden für die Mitglieder des Prüfungsausschusses mit Ausnahme des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter Vertreter bestellt. Die Amtszeit der hauptberuflich an der Fachhochschule Lausitz tätigen Mitglieder des Prüfungsausschusses und ihrer Vertreter beträgt zwei Jahre, die des studentischen Mitgliedes und seines Vertreters ein Jahr. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Der Prüfungsausschuß achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er berichtet dem Fachbereich regelmäßig über die Entwicklung der Prüfungen und Studienzeiten und gibt Anregungen zur Reform der Studien- und Prüfungsordnung. Der Prüfungsausschuß ist insbesondere zuständig für

- a) die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen und
- b) den organisatorischen Ablauf der Diplomvorprüfung und der Diplomprüfung.

Der Prüfungsausschuß kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

(3) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn neben dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem weiteren Professor mindestens ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied anwesend ist. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Das studentische Mitglied des Prüfungsausschusses wirkt bei pädagogisch wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anrechnung oder sonstigen Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen und der Bestellung von Prüfern und Beisitzern, nicht mit. An der Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder die ihre eigene Prüfung betreffen, nimmt das studentische Mitglied des Prüfungsausschusses nicht teil.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen ist das studentische Mitglied, wenn es sich am selben Tag der gleichen Prüfung zu unterziehen hat.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, deren Stellvertreter, die Prüfer und die Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Die Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Kandidaten unverzüglich mitzuteilen.

§ 8

Prüfer und Beisitzer

(1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat; sind mehrere Prüfer zu bestellen, soll mindestens ein Prüfer in dem betreffenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens die entsprechende Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat (sachkundiger Beisitzer). Die Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(2) Der Kandidat kann für mündliche Fachprüfungen einen Prüfer oder mehrere Prüfer vorschlagen. Er kann ferner einen Prüfer als Betreuer der Diplomarbeit vorschlagen. Der Prüfungsausschuß achtet darauf, daß die Prüfungsverpflichtung möglichst gleichmäßig auf die Prüfer verteilt wird. Auf den Vorschlag des Kandidaten ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, daß dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

§ 9

Anrechnung von Studienzeiten und Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung angerechnet, wenn sie an einer Fachhochschule in der Bundesrepublik Deutschland in einem Studiengang erbracht wurden, der derselben Rahmenordnung unterliegt. In diesem Studiengang wird bei derselben Anzahl von theoretischen Studiensemestern im Grundstudium die Diplom-Vorprüfung ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt. Soweit die Diplomvorprüfung Fächer nicht enthält, die an der aufnehmenden Fachhochschule Gegenstand der Diplom-Vorprüfung, nicht aber der Diplomprüfung sind, ist eine Anerkennung mit Auflagen möglich.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Studiengängen, die nicht unter Absatz 1 fallen, werden angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist. Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen sind gleichwertig, wenn sie in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen denjenigen des entsprechenden Studiums an der aufnehmenden Fachhochschule im wesentlichen entsprechen. Dabei t kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Bei der Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(3) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend; Absatz 2 gilt außerdem auch für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an Fach- und Ingenieurschulen und Offiziershochschulen der ehemaligen DDR.

(4) Einschlägige praktische Studiensemester (§ 24) und berufspraktische Tätigkeiten (§ 4) werden angerechnet.

(5) Werden Studien- und Prüfungsleistungen angerechnet, sind die Noten, soweit die Notensysteme vergleichbar sind, zu übernehmen und in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei

unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung im Zeugnis ist zulässig.

(6) Bei Vorliegen der Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 besteht ein Rechtsanspruch auf Anrechnung. Die Anrechnung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Der Student hat die für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

§ 10

Einstufungsprüfung und Eignungsprüfung

(1) Studienbewerber mit Hochschulzugangsberechtigung, die für ein erfolgreiches Studium erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung aufgrund von § 17 Abs. 1 BBHG berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis entsprechenden Abschnitt des Studienganges aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.

(2) Nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung können dem Studienbewerber eine praktische Tätigkeit gemäß § 4, ein Praxissemester im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 2, die Teilnahme an Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen und die entsprechenden Leistungsnachweise sowie Prüfungsleistungen in Fachprüfungen ganz oder teilweise erlassen werden; dies gilt nicht für die Fachprüfungen und Leistungsnachweise, die nach der Studienordnung und dem Studienplan in der Regel zum Ende des siebenten Semesters stattfinden sollen. Über die Entscheidung erhält der Kandidat eine Bescheinigung.

(3) Die Zulassung zur Einstufungsprüfung geschieht auf Antrag. In diesem sind die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten glaubhaft zu machen. Über die Zulassung zur Einstufungsprüfung entscheidet der Prüfungsausschuß. Er legt für jeden Einzelfall Art und Umfang der Prüfung fest.

(4) Beruflich qualifizierte Studienbewerber ohne Hochschulzugangsberechtigung können gemäß § 30 Abs. 3 BBHG über eine besondere Eignungsprüfung den Zugang zum Studium erlangen. Verfahren und Prüfungsinhalte richten sich nach der Verordnung über den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung vom 16.12.1992 in ihrer jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit der Eignungsprüfungsordnung der Fachhochschule Lausitz vom 01.07.1993 in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 11

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Prüfungsleistungen sind grundsätzlich durch Noten differenziert zu beurteilen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(2) Sind mehrere Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(3) Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	= eine hervorragende Leistung;
2 = gut	= eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;

3 = befriedigend	= eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	= eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	= eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur weiteren Differenzierung der Bewertung können um 0,3 verminderte oder erhöhte Notenziffern verwendet werden; die Noten 0,7; 4,7 und 5,3 sind ausgeschlossen.

(4) Besteht eine Fachprüfung aus mehreren Prüfungsleistungen, errechnet sich die Fachnote aus dem Durchschnitt der Noten der einzelnen Prüfungsleistungen. Die Fachnote lautet bei einem Durchschnitt

bis 1,5	"sehr gut"
von 1,6 bis 2,5	"gut"
von 2,6 bis 3,5	"befriedigend"
von 3,6 bis 4,0	"ausreichend"
ab 4,1	"nicht ausreichend"

Es wird nur die erste Dezimalstelle berücksichtigt; alle weiteren Stellen hinter dem Komma werden ohne Rundung gestrichen.

(5) Abweichungen von dem in Absatz 1 formulierten Grundsatz beschränken sich auf folgende Fälle:

a) In den begleitenden Lehrveranstaltungen des Praktischen Studiensemesters erfolgt die Beurteilung undifferenziert durch die Prädikate "mit Erfolg" oder "ohne Erfolg".

b) Der Fachbereichsrat kann festlegen, daß die Semesterbeurteilung in bestimmten Übungs- oder Laborveranstaltungen undifferenziert durch die Prädikate "mit Erfolg" oder "ohne Erfolg" vorgenommen wird. Voraussetzung ist, daß diese Veranstaltung in einem fachlichen Zusammenhang mit einer Vorlesung steht; Vorlesung und Übung bzw. Labor bilden dann im Rahmen eines Studienfaches eine didaktische Einheit. In solchen Fällen werden Übungs- oder Laborleistungen auf den Zeugnissen nicht besonders ausgewiesen; differenzierte Semesterbeurteilungen aus Vorlesungen erhalten für die Bildung der Fachendnote erst dann Gültigkeit, wenn zugehörige Übungen oder Labore erfolgreich abgeschlossen wurden.

§ 12

Wiederholung von Prüfungsleistungen, Nachprüfungen

(1) Die Diplomvorprüfung und die Diplomprüfung können jeweils in den Teilen, in denen sie nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, wiederholt werden. Die Wiederholung soll in der Regel in dem auf den erfolglosen Versuch folgenden Semester stattfinden.

(2) Eine nicht bestandene Fachprüfung kann zweimal wiederholt werden. Die zweite Wiederholungsprüfung ist durch zwei Prüfer zu bewerten. Bei nicht übereinstimmender Bewertung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Wird die zweite Wiederholungsprüfung nicht bestanden, ist die Prüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Die Diplomarbeit und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden.

(4) Eine mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden .

(5) Versäumt ein Kandidat, der das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium zu melden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, daß der Kandidat das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Prüfungsausschuß nach mündlicher Anhörung des Kandidaten.

§ 13

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht innerhalb der festgelegten Zeit erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Kandidat die Diplomarbeit nicht fristgemäß abliefern. Wird die gestellte Prüfungsaufgabe nicht bearbeitet oder geht aus der Art der Bearbeitung offenkundig hervor, daß ein ernsthafter Wille zur Lösung der gestellten Aufgabe gefehlt hat, steht das der Säumnis nach Satz 1 gleich.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuß unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten ist die Vorlage eines ärztlichen Attestes erforderlich, im Wiederholungsfall kann die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuß die Gründe an, so wird dem Kandidaten mitgeteilt, daß er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfungsleistung erneut beantragen kann. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Die Gründe für den Ausschluß sind aktenkundig zu machen. Wird der Kandidat von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, daß diese Entscheidung vom Prüfungsausschuß überprüft wird. Dies gilt entsprechend bei Festlegungen eines Prüfers oder Aufsichtsführenden gemäß Satz 1.

II. Fachprüfungen

§ 14

Ziel, Umfang und Form der Fachprüfungen

(1) In den Fachprüfungen (FP) soll festgestellt werden, ob der Kandidat Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.

(2) Die Prüfungsanforderungen sind an dem Inhalt der Lehrveranstaltungen zu orientieren, die aufgrund der Studienordnung für das betreffende Prüfungsfach, vorgesehen sind.

(3) Als Fachprüfung kommen in Betracht:

1. schriftliche Klausurarbeiten mit einer Bearbeitungszeit von zwei bis vier Zeitstunden (schriftliche Prüfungsaufgaben, die innerhalb einer festgelegten Zeit unter Aufsicht zu lösen sind),
2. eine mündliche Prüfung von zwanzig bis dreißig Minuten Dauer,
3. Studienarbeiten (umfangreichere Arbeiten mit einer Bearbeitungszeit von höchstens einem Semester, wie z. B. Programmierarbeiten),
4. Projektarbeiten (umfangreichere Arbeiten mit in der Regel fächerübergreifender Aufgabenstellung und Bearbeitungszeiten von einem Semester oder länger),

(4) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses legt rechtzeitig vor einem Prüfungstermin die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit im Benehmen mit den Prüfern für alle Kandidaten der jeweiligen Fachprüfungen einheitlich und verbindlich fest.

(5) Eine Fachprüfung ist bestanden, wenn die Prüfungsleistung mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden ist.

§ 15

Zulassung zu Fachprüfungen

(1) Zu einer Fachprüfung kann nur zugelassen werden, wer

1. eine Qualifikation gem. § 3 besitzt oder aufgrund einer Einstufungsprüfung gemäß § 17 Abs. 1 BBHG zum Studium zugelassen worden ist,
2. eine nach § 4 geforderte praktische Tätigkeit abgeleistet hat,
3. die als Voraussetzung für die jeweilige Fachprüfung geforderten Leistungsnachweise (LN) oder Prüfungsvorleistungen (PVL) erbracht hat oder bis zu einem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin erbringt.

Satz 1 Nr. 2 findet keine Anwendung auf Fachprüfungen, die nach der Studienordnung und dem Studienplan während der ersten drei Semester abgelegt werden sollen.

Die in Satz 1 Nr. 2 und 3 genannten Voraussetzungen können durch entsprechende Feststellungen im Rahmen einer Einstufungsprüfung nach § 10 ganz oder teilweise ersetzt werden.

(2) Kandidaten können Fachprüfungen des Hauptstudiums, die nach der Studienordnung und dem Studienplan zum Ende des siebenten Semesters stattfinden sollen, nur ablegen, wenn sie die Diplomvorprüfung (§ 22) bestanden und das Praxissemester mit Erfolg abgeleistet haben; Absatz 1 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Bei den in Satz 1 genannten Fachprüfungen des Hauptstudiums muß der Kandidat ferner seit mindestens einem Semester an der Fachhochschule Lausitz als Student eingeschrieben oder als Zweithörer zuge lassen sein.

(3) In dem Zulassungsantrag angegebene Wahlpflichtfächer, in denen der Kandidat den Leistungsnachweis erbringen will, sind mit der Antragstellung verbindlich festgelegt.

(4) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu dem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Der Antrag kann für mehrere Fachprüfungen zugleich gestellt werden, wenn diese Fachprüfungen innerhalb desselben Prüfungszeitraums oder die dafür vorgesehenen Prüfungstermine spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters stattfinden sollen.

(5) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in den Absätzen 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen sowie über bisherige Versuche zur Ablegung der Diplomvorprüfung oder Diplomprüfung im gleichen Studiengang,
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

Ist es dem Kandidaten nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vor geschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuß gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(6) Der Antrag auf Zulassung zu einer Fachprüfung kann schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(7) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Zweifelsfall der Prüfungsausschuß.

(8) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuß festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) der Kandidat eine entsprechende Fachprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder im Geltungsbereich des Grundgesetzes die Diplomprüfung oder die Zwischenprüfung oder eine entsprechende Diplom-Vorprüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat.

Im übrigen darf die Zulassung nur versagt werden, wenn der Kandidat im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 16

Durchführung von Fachprüfungen

(1) Die Fachprüfungen (FP) finden außerhalb der Lehrveranstaltungen statt.

(2) Für jedes Prüfungsfach ist mindestens ein Prüfungstermin im Semester anzusetzen. Er soll innerhalb eines Prüfungszeitraumes liegen, der vom Prüfungsausschuß festgesetzt und bei Semesterbeginn oder zum Ende des vorhergehenden Semesters bekanntgegeben wird. Der Prüfungstermin kann auch nach Ablauf oder vor Beginn der Vorlesungszeit liegen.

(3) Der Prüfungstermin wird dem Kandidaten rechtzeitig durch Aushang bekannt gegeben.

(4) Der Kandidat hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

(5) Macht der Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, daß er wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, daß durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit

ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses weitere Nachweise fordern.

§ 17

Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten

- (1) In den Klausurarbeiten soll der Kandidat nachweisen, daß er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann und zusammenhängende Themen bearbeiten kann.
- (2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.
- (3) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüfern gestellt werden.
- (4) In den Fällen des Absatzes 3 Satz 2 bewerten die Prüfer die Klausurarbeit gemäß § 11 Abs. 2 gemeinsam.
- (5) Klausurarbeiten und sonstige schriftliche Arbeiten, deren Bestehen Voraussetzung für die Fortführung des Studiums ist, sind von zwei Prüfern zu bewerten.

§ 18

Mündliche Prüfungen

- (1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers (§ 8 Abs. 1 Satz 3) oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Bei der Bildung der Note der Fachprüfung gemäß § 11 Abs. 4 werden die Bewertungen der einzelnen Prüfer berücksichtigt.
- (2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, werden in einem Protokoll festgehalten. Das Ergebnis der Prüfung wird dem Kandidaten unmittelbar im Anschluß an die mündliche Prüfung bekanntgegeben.
- (3) Studenten, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

III. Studienbegleitende Leistungsnachweise

§ 19

Allgemeines

- (1) In den studienbegleitenden Leistungsnachweisen soll aufgrund anerkannter oder bewerteter Studienleistungen festgestellt werden, daß der Kandidat während seines Studiums an Lehrveranstaltungen erfolgreich teilgenommen hat. Der Nachweis bloßer Teilnahme an einer Lehrveranstaltung stellt keinen Leistungsnachweis dar.

(2) Ein unbenoteter Leistungsnachweis ist in der Regel erbracht, wenn die Lösung der im Verlauf der Lehrveranstaltung gestellten Aufgaben oder die erfolgreiche Durchführung der praktischen Übungen im Labor oder Praktikum in dem geforderten Mindestumfang anerkannt und durch das Urteil "mit Erfolg teilgenommen" bestätigt worden ist, was einem benoteten Leistungsnachweis von mindestens ausreichend (4,0) entspricht. Den Mindestumfang legt der für die Veranstaltung zuständige Lehrende fest, er gibt die Festlegung zu Beginn des Semesters bekannt.

(3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an Lehrveranstaltungen durch einen benoteten Leistungsnachweis festgestellt werden, muß die geforderte Studienleistung mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden sein. Für die Bewertung gilt § 11 entsprechend. Der Leistungsnachweis kann auch anerkannte Studienleistungen gemäß Absatz 2 und eine bewertete Studienleistung umfassen; aus deren Bewertung ergibt sich zugleich die Note des Leistungsnachweises. Besteht der Leistungsnachweis aus mehreren bewerteten Studienleistungen, ergibt sich die Note des Leistungsnachweises aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen; eine Regelung in der Studienordnung gemäß § 12 Abs. 4 BBHG bleibt unberührt.

(4) Für die Erbringung von Studienleistungen findet bei einer körperlichen Behinderung des Kandidaten die Vorschrift des § 16 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 20

Leistungsnachweise als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen

(1) Als Zulassungsvoraussetzung für Fachprüfungen und für die Diplomarbeit sind Leistungsnachweise als Prüfungsvorleistungen (PVL) zu erbringen. Die für diese Leistungsnachweise geforderten Studienleistungen sollen nach Gegenstand und Anforderung so auf den Inhalt der jeweiligen Lehrveranstaltung bezogen sein, daß die für das Fach vorgesehene Fachprüfung oder Diplomarbeit ihrem Zweck nach nicht vorweggenommen wird.

(2) Als Studienleistungen kommen in Betracht:

1. die in § 14 Abs. 3 aufgeführten Modalitäten,
2. schriftliche Ausarbeitungen (Hausarbeiten), gegebenenfalls in Verbindung mit einem Kolloquium,
3. Referate, Entwürfe von Hard- und Software, Berechnungen, Konstruktionen und Implementierungen,
4. Versuche im Labor mit schriftlicher Auswertung, eventuell verbunden mit mündlichen Prüfungen in Fachgesprächen.

Die Form wird im Einzelfall von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden festgelegt und zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

(3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung durch einen benoteten Leistungsnachweis festgestellt werden, wird dies von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

§ 21

Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind

(1) In Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, müssen Leistungsnachweise (LN) erbracht werden. Sie dienen dem Nachweis hinreichender Fachkenntnisse im jeweiligen Fach; außerdem soll die Anwendung der Fachkenntnisse und der Methoden des Faches überprüft werden.

(2) Leistungsnachweise in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung sind, beruhen auf bewerteten Studienleistungen, die nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig sind. Die Gleichwertigkeit mit einer Prüfungsleistung setzt insbesondere voraus, daß die Studienleistungen unter prüfungsmäßigen Bedingungen erbracht und von prüfungsberechtigten Personen (§ 8 Abs. 1) abgenommen und benotet werden.

IV. Diplomvorprüfung; Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

§ 22

Diplomvorprüfung

(1) Die Diplomvorprüfung schließt als Zwischenprüfung den ersten Studienabschnitt (Grundstudium) ab. Sie besteht aus den studienbegleitenden Fachprüfungen (FP) des Grundstudis und wird ergänzt durch die im Grundstudium vorgeschriebenen Leistungsnachweise (LN) gemäß § 21. Die Diplomvorprüfung ist bestanden, wenn der Student bzw. die Studentin die Fachprüfungen des Grundstudiums bestanden und die Leistungsnachweise des Grundstudiums erbracht hat. Die Studienordnung und der Studienplan sind so zu gestalten, daß die Diplomvorprüfung am Ende des Grundstudiums vollständig abgelegt sein kann.

(2) Über die abgelegte Diplomvorprüfung stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dem Kandidaten ein Zeugnis (Diplomvorprüfungs-Zeugnis, Anlage 3) aus. Es enthält die Noten der Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums. Das Zeugnis wird vom Dekan und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschrieben.

§ 23

Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Grundstudiums

(1) In dem für alle Studenten und Studentinnen einheitlichen Grundstudium sind Fachprüfungen (FP) und Leistungsnachweise (LN, PVL) in den in der Anlage 1 aufgeführten Fächern abzulegen.

(2) Als Zulassungsvoraussetzung zu den entsprechenden Fachprüfungen des Grundstudiums sind Leistungsnachweise gemäß § 20 (PVL) in den in Anlage 1 aufgeführten Fächern zu erbringen.

V. Praktisches Studiensemester

§ 24

Praktisches Studiensemester

(1) Im Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 19 Wochen (Praktisches Studiensemester) integriert.

(2) Die Durchführung des praktischen Studiensemesters richtet sich nach der Ordnung für das praktische Studiensemester (OPS) der Fachhochschule Lausitz und der Anlage 2 zur Studienordnung (StO_TI).

VI. Fachprüfungen und Leistungsnachweise des Hauptstudiums

§ 25

Fachprüfungen und Leistungsnachweise

(1) Im Hauptstudium sind

1. im Schwerpunkt Informationstechnik in den Fächern der Anlage 2a und
2. im Schwerpunkt Realzeitsysteme in den Fächern der Anlage 2b

Fachprüfungen (FP) abzulegen und Leistungsnachweise (LN, PVL) zu erbringen.

(2) Als Zulassungsvoraussetzungen zu den entsprechenden Fachprüfungen werden in den in den Anlagen 2a und 2b aufgeführten Fächern Leistungsnachweise (PVL) nach § 20 gefordert.

VII. Diplomarbeit und Kolloquium

§ 26

Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit soll zeigen, daß der Kandidat befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Diplomarbeit ist in der Regel eine eigenständige Arbeit mit einer planerischen, konstruktiven, experimentellen, implementatorischen oder einer anderen Aufgabenstellung und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung. In fachlich geeigneten Fällen kann sie auch eine schriftliche Arbeit mit fachtheoretischem oder fachliterarischem Inhalt sein.

(2) Die Diplomarbeit kann von jedem Professor, der gemäß § 8 Abs. 1 zum Prüfer bestellt werden kann, betreut werden. Auf Antrag des Kandidaten kann der Prüfungsausschuß auch einen Honorarprofessor oder einen mit entsprechenden Aufgaben betrauten Lehrbeauftragten gemäß § 8 Abs. 1 zum Betreuer bestellen, wenn feststeht, daß das vorgesehene Thema der Diplomarbeit nicht durch einen fachlich zuständigen Professor betreut werden kann. Die Diplomarbeit darf mit Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt werden, wenn sie dort ausreichend betreut werden kann. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge zum Thema oder zum Themenbereich der Diplomarbeit zu machen.

(3) Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, daß ein Kandidat rechtzeitig ein Thema für die Diplomarbeit erhält.

(4) Die Diplomarbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit für maximal drei Kandidaten zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des Einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Absatz 1 erfüllt.

§ 27 Zulassung zur Diplomarbeit

(1) Zur Diplomarbeit kann zugelassen werden, wer

1. die Diplomvorprüfung gemäß § 22 bestanden hat,
2. das Praxissemester erfolgreich abgeleistet hat,
3. die Zulassungsvoraussetzungen für die Fachprüfungen des Hauptstudiums gemäß § 25 Abs. 2 erfüllt,
4. die Fachprüfungen des Hauptstudiums bis auf eine bestanden hat,
5. die Leistungsnachweise des Hauptstudiums gemäß § 25 Abs. 1 bis auf einen erbracht hat.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Absatz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Diplomarbeit und zur Ablegung der Diplomprüfung im gleichen Studiengang.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigelegt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Diplomarbeit bereit ist.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt
 - b) die Unterlagen unvollständig sind
 - c) die Diplomarbeit im selben Studiengang mit "nicht ausreichend" bewertet wurde und eine Wiederholung nicht mehr zulässig ist oder die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden ist.
- oder

§ 28 Ausgabe und Bearbeitung der Diplomarbeit

(1) Die Ausgabe der Diplomarbeit erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von dem Betreuer der Diplomarbeit gestellte Thema dem Kandidaten bekannt gibt; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Bearbeitung (Zeitraum von der Ausgabe bis zur Abgabe der Diplomarbeit) beträgt maximal drei Monate. Das Thema und die Aufgabenstellung müssen so beschaffen sein, daß die Diplomarbeit innerhalb der vorgesehenen Frist abgeschlossen werden kann. Im Ausnahmefall kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf einen vor Ablauf der Frist gestellten begründeten Antrag des Kandidaten bzw. der Kandidatin oder des Betreuers die Bearbeitungszeit um bis zu acht Wochen verlängern.

(3) Das Thema der Diplomarbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung gemäß § 12 Abs. 3 ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Kandidat oder die Kandidatin bei der Anfertigung seiner/ihrer ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(4) Im Fall einer körperlichen Behinderung des Kandidaten findet § 16 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 29

Abgabe und Bewertung der Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit ist fristgemäß bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses abzuliefern (Ausschlußfrist). Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe der Diplomarbeit hat der Kandidat schriftlich zu versichern, daß er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2) Die Diplomarbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll der Betreuer der Diplomarbeit sein (1. Gutachter). Der zweite Prüfer wird vom Prüfungsausschuß bestimmt (2. Gutachter); im Fall des § 26 Abs. 2 Satz 2 muß der zweite Prüfer ein Professor sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Diplomarbeit aus dem gewichteten Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Die Note des 1. Gutachters wird dabei mit 0,6 und die Note des 2. Gutachters mit 0,4 multipliziert. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuß ein dritter Prüfer (3. Gutachter) bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen. Die Diplomarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" (4,0) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (4,0) oder besser sind. Alle Bewertungen sind schriftlich zu begründen. Für die Festsetzung der endgültigen Note gilt § 11 Abs. 3 und 4 entsprechend.

§ 30

Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Diplomarbeit und ist selbständig zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob der Kandidat befähigt ist, die Ergebnisse der Diplomarbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen. Dabei soll auch die Bearbeitung des Themas der Diplomarbeit mit dem Kandidaten erörtert werden.

(2) Zum Kolloquium kann der Kandidat nur zugelassen werden, wenn

1. die in § 27 Abs. 1 genannten Voraussetzungen für die Zulassung zur Diplomarbeit nachgewiesen sind und die Einschreibung als Student vorliegt,
2. alle Fachprüfungen bestanden und alle vorgeschriebenen Leistungsnachweise erbracht sind,
3. die Diplomarbeit mindestens mit "ausreichend" (4,0) bewertet worden ist.

Der Antrag auf Zulassung ist an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Prüfungsausschuß nicht bereits vorliegen; ferner ist eine Erklärung darüber, ob einer

einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird, beizufügen. Der Kandidat kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Diplomarbeit (§ 27 Abs. 2) beantragen; in diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuß vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im übrigen § 27 Abs. 4 entsprechend.

(3) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung durchgeführt und von den Gutachtern der Diplomarbeit als Prüfer gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 29 Abs. 2 Satz 6 wird das Kolloquium von den Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Diplomarbeit gebildet worden ist. Das Kolloquium dauert mindestens dreißig, höchstens sechzig Minuten. Dem Kandidaten ist einleitend Gelegenheit zu geben, die Ergebnisse der Diplomarbeit selbständig darzulegen. Die Note des Kolloquiums ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen der Prüfer.

VIII. Ergebnis der Diplomprüfung, Zusatzfächer

§ 31

Ergebnis der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn alle vorgeschriebenen Fachprüfungen bestanden, sowie die Diplomarbeit und das Kolloquium jeweils mindestens als "ausreichend" (4,0) bewertet worden sind.

(2) Über die endgültig nicht bestandene Diplomprüfung oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 12 Abs. 5 wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und Leistungsnachweise und deren Benotung sowie die zur Diplomprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen oder Leistungsnachweise enthält. Aus der Bescheinigung muß hervorgehen, daß der Kandidat die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden oder seinen Prüfungsanspruch gemäß § 12 Abs. 5 verloren hat.

§ 32

Zeugnis, Gesamtnote, Diplomurkunde

(1) Über die bestandene Diplomprüfung wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, ein Zeugnis (Diplomzeugnis, Anlage 4) ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Noten der Fachprüfungen, das Thema, ggf. in einer Kurzfassung, und die Note der Diplomarbeit, die Note des Kolloquiums sowie die Gesamtnote der Diplomprüfung. In dem Zeugnis werden ferner die Leistungsnachweise gemäß § 21 in Fächern, die nicht Gegenstand einer Fachprüfung waren, die dabei erzielten Noten und das erfolgreich abgeleistete Praxissemester aufgeführt. Die gewählte Studienrichtung und der gewählte Studienschwerpunkt sind im Zeugnis kenntlich zu machen; dies gilt auch für Prüfungsleistungen nach Satz 2 und Leistungsnachweise nach Satz 3, die an einer anderen Hochschule erbracht und nach § 9 angerechnet worden sind.

(2) Die Gesamtnote der Diplomprüfung wird aus dem arithmetischen Mittel der in Absatz 1 genannten Einzelnoten gemäß § 11 Abs. 4 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Diplomarbeit	zweifeinhalbfach	(25%)
Kolloquium	einfach	(10%)
Durchschnitt der Noten der Fachprüfungen und der Leistungsnachweise zusammen	sechseinhalbfach	(65%)

Zur Bildung des Durchschnitts der Noten der Fachprüfungen und der Leistungsnachweise wird jede Fachprüfung zweifach und jeder Leistungsnachweis einfach gewichtet.

(3) Das Zeugnis ist vom Dekan und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

(4) Der Kandidat erhält eine Diplomurkunde (Anlage 5) in der der verliehene akademische Grad Diplomingenieur (FH) bzw. Diplomingenieurin (FH) und die nach Abs. 2 erreichte Gesamtnote aufgeführt sind. Bei überragenden Leistungen kann die Prüfungskommission mit Zweidrittelmehrheit anstelle der Gesamtnote "sehr gut" das Gesamtprädikat "mit Auszeichnung bestanden" vergeben. Die Gründe für einen solchen Beschluß sind schriftlich festzuhalten. Die Diplomurkunde wird vom Rektor und dem Dekan unterschrieben, enthält das Datum der letzten Prüfung und trägt das Siegel der Fachhochschule Lausitz.

§ 33 Zusatzfächer

(1) Der Kandidat kann sich in weiteren als den vorgeschriebenen Fächern einer Prüfung unterziehen (Zusatzfächer). Das Ergebnis dieser Fachprüfungen wird auf Antrag des Kandidaten in das Zeugnis aufgenommen, jedoch bei der Festsetzung der Gesamtnote nicht berücksichtigt. Das Gleiche gilt für die Erbringung von zusätzlichen Leistungsnachweisen gemäß § 19.

(2) Als Prüfung in Zusatzfächern gilt auch, wenn der Kandidat aus einem Katalog von Wahlpflichtfächern mehr als die vorgeschriebene Anzahl auswählt und durch Fachprüfungen abschließt. In diesem Fall gilt die zuerst abgelegte Fachprüfung als die vorgeschriebene Prüfung, es sei denn, daß der Kandidat vor der ersten Prüfung etwas anderes bestimmt hat.

IX. Schlußbestimmungen

§ 34 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluß des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, in die darauf bezogenen Gutachten der Prüfer und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

(2) Die Einsichtnahme ist binnen eines Jahres nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses oder des Bescheides über die nicht bestandene Diplomprüfung beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu beantragen. Der Vorsitzende bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(3) Die Einsichtnahme in die Prüfungsunterlagen, die sich auf eine Fachprüfung (FP) oder einen Leistungsnachweis (LN, PVL) beziehen, wird dem Kandidaten auf Antrag bereits nach Ablegung der jeweiligen Prüfung gestattet. Der Antrag ist binnen eines Monats nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses zu stellen. Im übrigen gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 35 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der

Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Diplom-Vorprüfung oder die Diplomprüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuß über die Rechtsfolgen.

(3) Dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2, Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 31 Abs. 2 Satz 3 ausgeschlossen.

§ 36

Inkrafttreten, Übergangsvorschriften

(1) Diese Prüfungsordnung tritt nach Genehmigung gemäß § 15 Abs. 1 BrdHG am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz in Kraft.

(2) Studenten, die bei Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung an der Fachhochschule Lausitz im Studiengang Technische Informatik eingeschrieben oder als Zweithörer zugelassen waren, schließen ihr Studium nach dieser Prüfungsordnung ab. Dies gilt insbesondere für die im Wintersemester 1993/1994, 1994/1995 und 1995/1996 immatrikulierten Studenten.

Anlage 1 zur Diplomprüfungsordnung DPO_TI
Prüfungsplan für das Grundstudium

		1. Semester				2. Semester				3. Semester				
Nr.	Fach	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	
1	Mathematik	8	2	-	PVL	4	2	-	PVL	3	1	-	FP	
2	Physik	3	1	-	PVL	3	1	-	PVL	-	-	2	FP	
3	Elektronik	3	1	-	PVL	3	1	-	PVL	-	-	2	FP	
4	Meßtechnik	-	-	-	-	4	2	-	LN			2	LN	
5	Digitaltechnik	-	-	-	-	2	2	-	PVL	2	-	2	FP	
6	Systemtechnik I	-	-	-	-	-	-	-	-	4	2	-	LN	
7	Grundlagen der Informatik	4	2	-	PVL	2	2	-	PVL	4	4		FP	
8	Technisches Englisch	-	4	-	LN	-	2	-	LN					
9	Kosten- und Finanzmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	LN	
10	Wahlpflichtfach Sozialwissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-	-	LN	
	Summe				4 PVL 1 LN				5 PVL 2 LN				5 FP 4 LN	

Legende: PA = Prüfungsanforderung; PVL = Prüfungsvorleistung; FP = Fachprüfung; LN = Leistungsnachweis;

Anlage 2a zur Diplomprüfungsordnung DPO_TI
 Prüfungsplan für das Hauptstudium, Schwerpunkt **Informationstechnik**

		4. Semester				5. Semester				6. Semester				7. Semester				8. Semester				Abschluß	Bemerkung
Nr.	Fach	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA		
1	Systemtechnik II, III, IV	2	2	-	PVL	-	-	-	-	2	-	2	PVL	2	-	2	FP					FP	
2	Methodik der Programmerstellung	4	4	-	PVL					2	2		FP									FP	
3	Betriebssysteme I	2	2	-	LN																	LN	
4	Systemprogrammierung I, II	2	2	-	PVL	-	-	-	-	2	2	-	FP									FP	
5	Rechnerstruktur I, II, III	4	-	2	PVL					2	-	2	PVL	4	-	4	FP					FP	
6	Rechnernetze									2	-	2	FP									FP	
7	1. Wahlpflichtfach									2	2	-	LN									LN	
8	2. Wahlpflichtfach									2	2	-	LN									LN	
9	3. Wahlpflichtfach													4	2	2	FP					FP	
10	Seminare					-	2	-	LN					-	2	-	LN	-	4	-	LN	LN	m/E oder o/E
11	Wahlpflichtfach Sozialwissenschaft	-	-	-	-	2	-	-	LN													LN	
	Summe				4 PVL 1 LN				2 LN				2 PVL 3 FP 2 LN				3 FP 1 LN				1 LN		

Legende: PA =Prüfungsanforderung; PVL = Prüfungsvorleistung; FP = Fachprüfung; LN = Leistungsnachweis; m/E = mit Erfolg; o/E = ohne Erfolg.

Anlage 2b zur Diplomprüfungsordnung DPO_TI
 Prüfungsplan für das Hauptstudium, Schwerpunkt **Realzeitsysteme**

		4. Semester				5. Semester				6. Semester				7. Semester				8. Semester				Abschluß	Bemerkung
Nr.	Fach	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA	V	Ü	L	PA		
1	Systemtechnik II	2	2	-	LN																	LN	
2	Methodik der Programmerstellung	4	4	-	PVL					2	2		FP									FP	
3	Betriebssysteme I, II	2	2	-	PVL					2	2	-	FP									FP	
4	Systemprogrammierung I, II, III	2	2	-	PVL	-	-	-	-	2	2	-	PVL	2	2	-	FP					FP	
5	Rechnerstruktur I, II	4	-	2	PVL					2	-	2	FP									FP	
6	Prozeßtechnik									2	-	2		4	-	4	FP					FP	
7	1. Wahlpflichtfach									2	2	-	LN									LN	
8	2. Wahlpflichtfach									2	2	-	LN									LN	
9	3. Wahlpflichtfach													4	2	2	FP					FP	
10	Seminare					-	2	-	LN					-	2	-	LN	-	4	-	LN	LN	m/E oder o/E
11	Wahlpflichtfach Sozialwissenschaft	-	-	-	-	2	-	-	LN													LN	
	Summe				4 PVL 1 LN				2 LN				1 PVL 3 FP 2 LN				3 FP 1 LN				1 LN		

Legende: PA = Prüfungsanforderung; PVL = Prüfungsvorleistung; FP = Fachprüfung; LN = Leistungsnachweis; m/E = mit Erfolg; o/E = ohne Erfolg.

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

Wappen

ZEUGNIS

Logo

über die Diplomvorprüfung im Fachbereich Informatik gemäß § 22 der
Diplomprüfungsordnung vom 24. November 1995 im Studiengang

Technische Informatik

Herr/Frau

geboren am:

in:

hat die Diplomvorprüfung mit Erfolg abgelegt und dabei die folgenden Noten erhalten:

Mathematik

Grundlagen der Informatik

Physik

Systemtechnik

Elektronik

Technisches Englisch

Meßtechnik

Kosten- und Finanzmanagement

Digitaltechnik

Wahlpflichtfach
Technik und Gesellschaft

Senftenberg, den

Dekan

Vorsitzender des Prüfungsausschusses

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

Wappen

ZEUGNIS

Logo

über die Diplomprüfung im Fachbereich Informatik gemäß § 32 der
Diplomprüfungsordnung vom 24. November 1995 im Studiengang

Technische Informatik

Schwerpunkt: Informationstechnik

Herr/Frau

geboren am:

in:

hat die Diplomprüfung mit Erfolg abgelegt und dabei die folgenden Noten erhalten:

Systemtechnik

Rechnernetze

Methodik der Programmerstellung

1. Wahlpflichtfach

Betriebssysteme

2. Wahlpflichtfach

Systemprogrammierung

3. Wahlpflichtfach

Rechnerstrukturen

Diplomandenseminar

Diplomarbeit

Kolloquium

Gesamtnote

Thema der Diplomarbeit: _____

Senftenberg, den

Dekan

Vorsitzender des Prüfungsausschusses

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

Wappen

ZEUGNIS

Logo

über die Diplomprüfung im Fachbereich Informatik gemäß § 32 der
Diplomprüfungsordnung vom 24.11.1995 im Studiengang

Technische Informatik

Schwerpunkt: Realzeitsysteme

Herr/Frau

geboren am:

in:

hat die Diplomprüfung mit Erfolg abgelegt und dabei die folgenden Noten erhalten:

Systemtechnik

Prozeßtechnik

Methodik der Programmerstellung

1. Wahlpflichtfach

Betriebssysteme

2. Wahlpflichtfach

Systemprogrammierung

3. Wahlpflichtfach

Rechnerstrukturen

Diplomandenseminar

Diplomarbeit

Kolloquium

Gesamtnote

Thema der Diplomarbeit: _____

Senftenberg, den

Dekan

Vorsitzender des Prüfungsausschusses

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

Wappen

URKUNDE

Logo

Herr/Frau

geboren am:

in:

hat das Diplom im Studiengang

TECHNISCHE INFORMATIK

Schwerpunkt Informationstechnik

mit dem Gesamtprädikat

erworben und erhält den Akademischen Grad

DIPLOMINGENIEUR (FH)

Thema der Diplomarbeit: _____

Senftenberg, den

Der Rektor der Fachhochschule

Der Dekan

FACHHOCHSCHULE LAUSITZ

Wappen

URKUNDE

Logo

Herr/Frau

geboren am:

in:

hat das Diplom im Studiengang

TECHNISCHE INFORMATIK

Schwerpunkt Realzeitsysteme

mit dem Gesamtprädikat

erworben und erhält den Akademischen Grad

DIPLOMINGENIEUR (FH)

Thema der Diplomarbeit: _____

Senftenberg, den

Der Rektor der Fachhochschule

Der Dekan